

Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft zum 9. Kulturpolitischen Bundeskongress Plädoyer für eine kulturelle Weltinnenpolitik

Angesichts der fortschreitenden Globalisierung sind ökonomische, ökologische und kulturelle Prozesse immer stärker miteinander verflochten. Auf der einen Seite gibt es dadurch vielfältige Austauschbeziehungen, Menschen aus aller Welt rücken auch kulturell näher zusammen. Zunehmende Mobilität, digitale Kommunikation, internationaler Tourismus, kulturelle Austauschprogramme und weltweite Migration führen zu einer bisher nicht gekannten Intensität der Begegnung zwischen unterschiedlichen Kulturen. Andererseits wird aber auch eine kulturelle Abgrenzung und Distanzierung deutlich, die sich aus überkommenen nationalen oder religiösen Narrativen sowie aus innergesellschaftlichen Konflikten speist.

Die klassischen Nationalstaaten allein sind kaum noch in der Lage, die globalen Krisen und Herausforderungen zu meistern. Die Spannungen werden größer, da die wechselseitigen Abhängigkeiten zunehmen und die sozialen, ökonomischen und politischen Widersprüche und Ungleichheiten immer deutlicher zu Tage treten. Die Sorge, Privilegien teilen und ggf. eigene kulturelle Werte und Traditionen relativieren zu müssen, angetrieben durch terroristische Gewalt im Namen religiöser und kultureller Fundamentalismen, führt zu Tendenzen der Re-Nationalisierung und kulturellen Abgrenzung. Kulturelle Konflikte oder gar Kulturchauvinismen offenbaren nicht zuletzt staatliche Steuerungsschwächen und regressives Verhalten. Das globale demokratische Projekt ist dadurch gefährdet.

Das traditionelle Verständnis von Nation und Nationalkultur des klassischen Bildungs- und Kulturbürgertums und der tradierte Kunstkanon werden zuneh-

mend in Frage gestellt, ein plurales Kulturverständnis steht geradezu gegen Kanonisierungen. Kulturschaffende schlagen deshalb eine transkulturelle Weiterentwicklung kultureller Lebensweisen und Selbstverständnisse vor, die über Dialoge, Austausch und kulturelle Zusammenarbeit eine stärkere Durchlässigkeit der Kulturen ermöglicht.

Die Veränderungen aufgrund von Globalisierung, Digitalisierung und Migration sind für die institutionellen Strukturen und die operativen Programme auf allen kulturpolitischen Ebenen von Bedeutung. Auch angesichts der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist es zwingend erforderlich, dass die Kulturpolitik in den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene neue Strategien und Modelle für eine Gesellschaft entwickelt, die kulturell immer heterogener wird und in der tradierte Teilhabemuster und die damit verbundenen kulturellen Vorlieben, Prägungen und Gewohnheiten an Bedeutung verlieren. Kulturpolitik ist gefordert, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Menschen Sinn und Orientierung in einer komplexer werdenden Welt finden können, in der unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen aufeinander prallen und darum die Suche nach eigener kultureller Identität immer dringlicher und emotional aufgeladener wird.

Daraus ergeben sich vor allem folgende Aufgaben für Kulturpolitik:

1. Außen- und Innenkulturpolitik sind stärker zu verflechten.

Aufgrund zunehmender internationaler Verflechtungen verflüssigt sich die Unterscheidung von ›Innen-‹ und ›Außen-‹ Politik immer mehr. Das gilt auch für die Kulturpolitik. Die Verbindung von Außen- mit Innenkulturpolitik schafft Synergien: Die Erfahrungen aus dem internationalen kulturellen Austausch können handlungsleitend für inländische kulturelle Angebote werden. Außen- und Innenkulturpolitik gemeinsam können die Idee eines werteorientierten und aufgeklärten »Global Citizenship« fördern, in dem zivilgesellschaftliche Akteure unabhängig von Nationalstaaten mehr Verantwortung für eine »kulturelle Weltinnenpolitik« übernehmen.

2. Kulturinstitutionen sind Orte des Austauschs für Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft.

Wenn uns weltweit Nachrichten in Echtzeit erreichen und der Austausch mit ferneren Kulturen medial jederzeit möglich ist, wenn die (Stadt-)Gesellschaft kulturell immer heterogener wird, verändern sich nicht nur kulturelle Lebensstile insgesamt, sondern auch die Bedingungen der Kulturproduktion, -vermittlung und -teilhabe. Kultureinrichtungen müssen sich bewusst damit auseinandersetzen, welchen Beitrag sie zur globalen Verständigung und zur Neuverhandlung von kulturellen Werten und kultureller Identität leisten können und welche Veränderungen sie dabei in ihren eigenen Strukturen und Programmen vornehmen müssen.

3. Die Künste haben das Potenzial, kulturelle Aushandlungsprozesse spielerisch und konfliktfrei zu ermöglichen.

Die Künste ermöglichen eine differenzierte Auseinandersetzung damit, wie wir leben wollen. Kunst und Kultur leisten entscheidende Beiträge zur Verständigung von Individuen und Gemeinschaften über die eigene Identität und die gemeinsamen Werte. In den Künsten lassen sich auch Widersprüche und gegensätzliche Interessen reflektieren und spielerisch »verhandeln«, um mentale Blockaden aufzuweichen. Die Beteiligung in den Künsten und das gemeinsame Erleben von Kunst und Kultur in der Verbindung von kognitiven, ästhetischen und emotionalen Dimensionen kann über ethnische und soziale Unterschiede hinweg Zugehörigkeit und Gemeinschaft stiften. Für eine demokratische und offene Gesellschaft ist diese Wirkung der Künste essentiell. Von hoher kulturpolitischer Relevanz ist die Stärkung der Wertetraditionen, da ein Austausch der Kulturen immer ein stabiles Selbst benötigt. Kultur ist nicht nur Verhandlungssache, sondern lebt auch von legitimer Differenz in der superdiversen Gesellschaft. Kulturpolitik muss die demokratischen Grundwerte konsequent verteidigen und sich an den Leitbildern der kulturellen Demokratie und der offenen Gesellschaft orientieren. Kulturpolitik sollte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, Kulturdialoge und Kulturinstitutionen im Sinne einer innergesellschaftlichen Friedens- und Demokratiep politik neu auszurichten.

Bonn/Berlin, 15. Juni 2017

Für den Vorstand

Prof. Dr. Oliver Scheytt

Präsident

